

# Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 50 Pf. Durch Austräger 2,20 Mk. pro Woche, 9.— Mk. pro Monat. Durch die Post 9.— Mk. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5—6 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlessen, e. G. m. b. H., Breslau, Hoffschekstr. 81/859. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 3. Januar 1922

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereinskund- und Verkaufsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespaltene oder deren Raum im Text 8.— Mk.

## Die Niederlage der Eisenbahner.

### Keinen Vorschuh. — Keine Lohnerhöhung. — Maßregelung von „Saboteuren“. — Geringe Ortsklassenverbesserung.

Der Reichsverkehrsminister Gröner mit seinem Palatin Sigler, weiland sozialdemokratischer Redakteur in Heilbronn am Neckar haben, unterstützt durch den einstimmigen Beschluß der Regierung, in der Leute vom ADGB, Sozialdemokraten sitzen, den Eisenbahnern eine schwere Niederlage beigebracht. Trotz des geschlossenen Willens fast aller, auch nicht im DEB organisierten Eisenbahner, haben es die Spitzenorganisationen, einschließlich des von Scheffel geleiteten DEB, fertiggebracht, folgende Vereinbarungen zu unterschreiben:

1. An die Stelle des bisherigen Ortsklassenverzeichnisses des Lohntarifvertrages tritt das vom Reichstag beschlossene Ortsklassenverzeichnis für die Reichsbeamten, dessen Verkündung im „Reichsgesetzblatt“ unmittelbar bevorsteht, mit den Änderungen, die bis zum 1. März 1922 durch einen Reichsrat- und Reichstagsausschuß noch getroffen werden sollen. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Ortsklassenverzeichnis des Lohntarifvertrages eine höhere Einkufung als das nunmehr übernommene Ortsklassenverzeichnis vorfindet, wird den Arbeitern, solange sie an einem solchen Orte beschäftigt bleiben, für die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrages der Unterschiedsbetrag als persönliche Zulage fortgewährt. Für die Arbeiter der Bahnmotorenwerke wird der Lohn nach der Ortsklasse des Ortes festgesetzt, in dessen Gemeindebezirk der Kottensführer ständig oder überwiegend tätig ist. Ist der Kottensführer in mehreren Gemeindebezirken tätig, die nicht derselben Ortsklasse angehören, so ist der Lohn der höchsten Ortsklasse dieser Gemeindebezirke zu zahlen. Die Bestimmung des § 4 (5) des Lohntarifvertrages wird aufgehoben mit der Maßgabe, daß § 30 (3) des Lohntarifvertrages entsprechende Anwendung findet. Vorstehende Vereinbarung tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft.

2. An solchen Orten, an denen bisher im Lohntarifvertrag Uebertenerungszuschüsse vereinbart waren, werden diese mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 vorläufig um 1 Mark pro Stunde erhöht. Auf den Gesamtbetrag des Uebertenerungszuschusses wird der Unterschiedsbetrag angerechnet, der sich aus einer Höherkufung durch die Uebertenerungszuschüsse ergibt. Diese Uebertenerungszuschüsse gelten als Vorschuh auf die nach Ziffern 4 und 5 endgültig festzusetzenden Löhne und Uebertenerungszuschüsse.

3. Im besetzten Gebiet werden vorläufig mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an den Orten, die sowohl nach dem bisherigen Ortsklassenverzeichnis des Lohntarifvertrages, als auch nach dem nunmehr übernommenen Beamtenklassenverzeichnis zur Ortsklasse A gehören, Uebertenerungszuschüsse in Höhe von 1 Mark in der Stunde gewährt. Satz 3 Ziffer 2 findet entsprechende Anwendung.

4. Weitere Verhandlungen über die Ortsklassen und allgemeine Lohnverhandlungen werden für den 5. Januar 1922 zugefagt.

5. Im Anschluß an die Verhandlungen zu Ziffer 4 werden mit Beschleunigung zwischen den vertragschließenden Parteien die bestehenden und etwaige neue Uebertenerungszuschüsse mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 endgültig vereinbart.

6. Streiktage werden nicht bezahlt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt. Vorbehaltlich bleibt die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen in Verwaltungsbetrieb und Verkehr.

7. Ausführungsvereinbarungen zwischen den vertragschließenden Parteien folgen. Die vertragschließenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Breslau, 31. Dezember 1921.

Deutscher Eisenbahnerverband, gez. Scheffel. Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter, gez. Brauner. Allgemeiner Eisenbahnerverband, gez. Scaruppe. Der Reichsverkehrsminister, gez. Gröner.

Anfang Dezember stellten die Organisationen die Forderung nach Auszahlung eines Vorschusses von 750 bzw. 1000 Mark. In diesen Forderungen wurde mit einer Erhöhung des Stundenlohnes um 4,90 Mark verknüpft.

Nach den obigen Vereinbarungen ist auch nichts von diesen Forderungen erreicht. Ein kleiner Erfolg in der Neueinteilung der Ortsklassen, der nur wenigen Arbeitern und Beamten eine Erhöhung ihrer Bezüge bringt. Der Grundlohn, bzw. das Gehalt, wird nicht erhöht. Am 5. Januar soll, selbstverständlich ohne den Druck der streikenden Klassen, über diese Frage gesprochen werden.

Auf Grund dieser geradezu skandalösen Vereinbarung übernahmen die Verbände die Verpflichtung, ihre Mitglieder, die hunderttausenden begeistert in den Streik traten, in die Betriebe zurückzuführen. Aber nicht genug mit diesem unzweifelhaften Verrat. Die Gewerkschaftsleitungen haben der Willkür der Geheimräte, der Denunzianten, Tür und Tor geöffnet.

Nach Absatz 6 der Vereinbarung bleibt „vorbehalten, die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen im Verwaltungsbetrieb und Verkehr. Nachdem man vorher die Klausel „Maßregelungen finden keine statt“ ohne die kein Streik, selbst wenn er offenkundig verloren ist, abgeschlossen wird, in die Vereinbarung rein genommen hat, bringt man durch Hintertüren einen Passus, der alles mögliche zuläßt. Wenn in der Hitze des Kampfes irgend ein Betriebsrat oder Betriebsmann eine Anordnung getroffen hat, die er im Interesse des Verkehrs für nötig hält, kann er auf Grund des Absatz 6 ohne weiteres zur Verantwortung gezogen werden. Die Herren Geheimräte werden bei den ihnen mißliebigen Arbeitern schon etwas finden. Es ist bezeichnend für den Geist in den Organisationsleitungen, insbesondere beim DEB, daß man mit solchen Dingen versucht, die erneute Anwendung des Streiks, insbesondere in spontaner Form, unmöglich zu machen.

Der ergebnislose Streikabbruch wird sicher große Erbitterung und Empörung bei den Eisenbahnern hervorrufen. Durch ihr unklares und jahriges Verhalten haben die Spitzenorganisationen ein einheitliches Einsetzen des Streiks verhindert. Durch die Unterschrift unter eine nichtsagende und nichts bringende Vereinbarung besteht die Möglichkeit, daß einzelne Bezirke weiter streiken. Durch diese Zersplitterung bekommt Gröner die Möglichkeit, den Hinauswurf der ersten 20.000, nach seiner bzw. Sinnes Meinung überflüssiger Arbeiter zu bewerkstelligen. Die Verantwortung für alle diese Folgen haben die Spitzenorganisationen zu tragen.

Der Verlauf und der Abschluß des Streiks muß den Arbeitern die Gefährlichkeit einer Koalition oder Arbeitsgemeinschaft mit Sinnes und seinen Leuten zeigen. Durch die Koalitionspolitik gezwungen, mußten die Leute vom ADGB, die Forderungen ihrer eigenen Klassengenossen bestämpfen. Deshalb kann nur helfen: einheitliche Kampffront aller Arbeiter und Angestellten, Bekämpfung jeder Koalition mit Sinnes und seinen Beauftragten.

In Breslau wurde bekanntlich am Sonntag früh der Streikbeschuß gefaßt. Ab nachmittag ruhte die Arbeit in den Werkstätten und im Betrieb. Das Fahrpersonal folgte der Streikparole nicht so schnell. Erst in den späten Nachmittagsstunden machte sich eine Verzögerung bemerkbar. Züge mußten ausfallen und hatten Verspätung. Vollständig zur Auswirkung kam der Streik nicht, da aus Berlin die Nachricht über die oben mitgeteilte Abmachung eintraf.

Die Werkstätten- und Betriebsvertreter beschloffen am Montag vormittag im Streik zu beharren, bis endgültig feststeht, unter welchen Bedingungen die Arbeit aufgenommen wird.

### Streiklage in Schlessen.

Trotz der Abmachung der Spitzenorganisationen mit dem Reichsverkehrsminister stellen sich die verschiedenen Bezirksorganisationen des DEB auf den Standpunkt, daß erst die Zentralinstanzen über das Ergebnis der Verhandlung beraten sollen, ehe die Arbeit aufgenommen wird. Auch die Breslauer Hauptstreikleitung vertrat am Sonntag in einer Sitzung, und am Montag in einer Massenversammlung diesen Standpunkt.

Die bürgerliche Presse, erobert über das feste Zusammenstehen der Eisenbahner wütet über radikale Freiberger usw. In Schlessen droht der Personenzugverkehr zu erliegen. Am Sonntag hat sich der Streik auf Glatz, am Montag früh auf Eschfurt und Striesdorf ausgedehnt. Da in Breslau durch die völlige Arbeitsruhe im Betrieb die Maschinen nicht beladbar werden können, da auch auf den Knotenpunkten und Uebertenerungsstellen keine Maschinen vorhanden sind, mußte der Personenzugverkehr fast vollständig eingestellt werden.

### Der Streik in Schlessen abgebrochen.

In der am Montag nachmittag stattgefundenen von Tausenden besuchten Eisenbahnerversammlung wurde beschloffen, die Arbeit allgemein am Dienstag früh wieder aufzunehmen. Den Betriebsarbeitern wurde erlaubt, zur Erhöhung und Regelung der Maschinen, schon Montag, abends die Arbeit aufzunehmen. Den Breslauer Eisenbahnern, die ab 1. Oktober in Ortsklassen A stehen, wurde die baldige Auszahlung der Differenz zugesagt. Mit dem festen Willen, einheitlicher und geschlossener wieder in den Kampf zu treten, wenn die Lohnverhandlungen am 5. d. M. den Eisenbahnern nicht das bringen, was sie zum Leben brauchen, ging die Versammlung auseinander.

### Die internationale Lage.

Von Karl Kadel.

Das vorläufige Ergebnis der Washingtoner Konferenz. Briand kehrte aus Washington nach Frankreich zurück, wo er nicht sehr begeistert empfangen wurde. Lloyd George hatte vor, nach Washington zu fahren, um Herrn Briand als Triumphator für eine Woche zu vertreten. Aber die inneren Schwierigkeiten sind doch noch nicht beseitigt: die irische Frage, die Verhandlungen mit Ägypten und die Unruhen in Indien, sowie das vollkommene Durcheinander in Washington hielten den klugen Premier von der Reise ab, die ihm wahrlich keine Lorbeeren beschert hätte.

Das vorläufige Ergebnis der Washingtoner Konferenz wird von der internationalen bürgerlichen Presse genau so bewertet wie wir es vor einigen Tagen getan haben. Ich will nur einige Auszüge aus dem Artikel Garbins, diesem besten Kopf der englischen Presse, bringen. In seiner Wochenschrift „Observer“ stellt Garbin folgende Tatsachen fest:

England versuchte, sich mit Amerika zu verständigen. Die zweite Tatsache: Frankreichs Landrüstungen und seine Forderungen auf dem Gebiete der Seerüstungen, hätten ihm diktatorische Macht in West- und Zentralasien, auf dem Mittelmeer und in der Türkei verschafft; seine Forderungen einer starken Unterseeflotte bilden eine große Gefahr für England. Garbin schreibt wörtlich:

„Sogar im letzten Kriege stellten für England nicht die Dreadnoughts des Kaiser die größte Gefahr dar, sondern die Unterseeboote. Die Position Frankreichs, das über drei Seeflächen verfügt, ist auf der See eine unvergleichlich bessere als die Deutschlands. Seine wirtschaftliche Lage, soweit es sich um Kohle und Eisen handelt, hat sich nach dem Kriege bedeutend verbessert. England ist mehr als je auf den Seehandel und auf den ausländischen Import angewiesen. Wenn unser Nachbar seine Unterseeflotte in dem beabsichtigten Umfang vergrößert, so bedeutet die Vergrößerung unserer See- und Luftflotte zum Kampf mit den Unterseebooten für uns eine Frage auf Leben und Tod!“

Die Genehmigung, Unterseeboote zu bauen, würde es mit sich bringen, daß sogar die kleinsten Staaten daselbst tun würden. Dann würde die Washingtoner Konferenz nicht zur Abrüstung, sondern zur Fortsetzung der Rüstungen beitragen. Sie würde nur die Macht vergrößern, die sich gegen den Frieden wendet.

Genau so wie die Frage der Abrüstung, ist von der Konferenz die Frage des Fernen Ostens nicht gelöst worden, deren Lösung der eigentliche Zweck der Einberufung der Washingtoner Konferenz war. Die Vereinigten Staaten wollten in bezug auf China die Rolle des Vormundes ausüben, der dieses große Land gegen Japan verteidigt. Die in Washington vertretene Pekingregierung — die Kantoner Regierung ist auf der Washingtoner Konferenz nicht vertreten — stellte als Programm auf, die Befreiung Chinas von der Intervention aller kapitalistischen Staaten. Sie forderte die Aufhebung aller Privilegien der Ausländer, die Säuberung des chinesischen Territoriums von den fremden Armeen. Das Programm wendet sich nicht nur gegen Japan, sondern auch gegen England und Frankreich: England beherrscht die Wei-hai-wei, Frankreich die Provinzen des früheren Südjapans. Außerdem genießen alle kapitalistischen Staaten, die „tugendlichen“ Vereinigten Staaten nicht ausgenommen, sehr große Privilegien in China. Alle mischen sie sich in die inneren Angelegenheiten Chinas, so oft es die Interessen der Kapitalisten erfordert. Zur selben Zeit, wo der amerikanische Außenminister Hughes seinen Kampf für die Befreiung Chinas von Japan begann, war er gezwungen, der chinesischen Regierung Noten zu schicken, die diese zur Zahlung der Prozente an das amerikanische Bankhaus Morgan aufforderte. Der englische Schriftsteller Wells, der sich jetzt in Washington als Korrespondent der Zeitung „Daily Mail“ quibelt, bemerkt sehr zutreffend, daß es keinen Zweck habe, in bezug auf

China, nachdem Japan sich erst im Jahre 1905 der Mandchurie bemächtigte, „tugendhaft“ sein zu wollen, daß wenn man Chinas Territorium schon zu befreien beabsichtigte, Indochina nicht schlechter sei als die Mandchurie, und daß Japan wahrscheinlich sagen würde, daß man den Augenblick, wo die kapitalistischen Mächte anfangen wollen, ihre Tugend zu entfalten, etwas weiter in die Vergangenheit zurückzudringen müßte. Es ist auch höchst wahrscheinlich, daß die Peking-Regierung, die trotz ihrer Stellungnahme gegen Japan durch einen ihrer Hauptgouverneure, Chan-so-lin, in Verbindung mit Japan steht, absichtlich die Frage auf so breite Basis stellte.

Jedenfalls sind die Washingtoner Herren, die das Geschick der Völker leiten wollen, sehr schnell ermüdet. Die Washingtoner Konferenz ist stehen geblieben und wird wahrscheinlich gar keine Ergebnisse oder nur Ergebnisse zeitigen, die auf dem Papier stehen bleiben, und im Frühjahr werden die kapitalistischen Regierungen ertweder anfangen müssen, ihre Angelegenheiten einzeln zu regeln oder eine neue Konferenz unter Teilnahme von Deutschland und Rußland einzuberufen. Garvin, der sehr oft als Interpret der Meinungen Lloyd Georges auftritt, erklärt, daß die Friedensfrage und die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues ohne die Teilnahme Deutschlands und Sowjetrußlands nicht gelöst werden können.

### Der englisch-türkische Konflikt.

Die Friedensreden haben einer wütenden Polemik zwischen der englischen und französischen Presse bezüglich des Angora-Vertrages Frankreichs mit der Regierung Kemal Paschas Platz gemacht. Eine Reihe der Noten Curzons und Frankreichs Antworten beweisen, wie sehr die Beziehungen der beiden Mächte infolge dieses Vertrages getrübt worden sind. Die englische Regierung beschwor sogar den Schalten des „Panthers“ — eines Kriegsschiffes, den die deutsche Regierung während des Marokko-Streitiges nach Agadir schickte. Die englische Regierung setzte das französische Ministerium des Auswärtigen in Kenntnis, daß sie, da Frankreich nach dem Vertrag mit Kemal Pascha sich verpflichtete, Sizilien zu räumen, sich gezwungen sähe, den Schutz der dort wohnenden englischen Materianen zu übernehmen und nach Mesina ein englisches Kriegsschiff zu entsenden. Der leidenschaftliche Ton dieser Erörterungen beweist, daß es sich hier nicht nur um den Vertrag mit Kemal Pascha handelt.

England weiß sehr gut, daß es gezwungen sein wird, mit Kemal Pascha Frieden zu schließen. Die britische Armee ist nicht imstande, den Kampf weiterzuführen, und über ein eigenes Her zur Entsendung nach Asien verfügt die englische Regierung nicht. Der leidenschaftliche Ton ist durch zwei Momente zu erklären: Erstens weil die englischen diplomatischen Kreise annehmen, daß im Vertrage geheime Punkte über die französische Unterstützung der Türkei gegen den englischen Befehl, dem mesopotamischen König, (ein Land, wo in Mesopotamien Vorkämpfer sind) enthalten sind. Durch den Vertrag in San Remo hat Frankreich England's Rechte auf die Örtchen anerkannt und sich nur 25 Prozent der Produktion garantieren lassen. Die Befreiung Jishais soll nun diesen ganzen Vertrag, der für die englische Regierung von großer Bedeutung ist, in Frage stellen. Die andere Ursache besteht darin, daß Frankreich in bezug auf die Türkei Deutschlands Rolle über-

nehmen will. Während England die Türkei aufteilen will, tritt Frankreich als Verteidiger ihrer Unabhängigkeit auf und gleichzeitig als Beschützer des muslimanischen Friedens und erschwert dadurch Englands Lage in bezug auf dessen muslimanische Staatsangehörige.

Die Reibereien zwischen England und Frankreich anläßlich der türkischen Frage haben nach dem Kriege nicht aufgehört. Jetzt gehen sie ihrem entscheidenden Ende zu. In einigen Tagen werden wir uns wieder mit diesem großen Knoten der imperialistischen Widersprüche zu beschäftigen haben, mit diesem Konflikt, der die Entente zerschmettern, wenn er nicht bald beseitigt wird.

### Englands Lieblingen mit Deutschland.

Angeichts der nahenden Entscheidung des Konfliktes mit Frankreich in der türkischen Frage macht England seinen üblichen Schachzug. Es liebt mit Deutschland. Die Vorschläge der englischen Industriellen haben in der deutschen Presse eine verächtliche Bemerkung gefunden. Wichtig wird dieser Vorstoß in der konservativen Presse und in der Presse bewertet, die sich speziell mit der englischen Frage beschäftigt, z. B. die „Vossische Zeitung“, die oft n herausagt, daß der englische Vorschlag nichts anderes als eine Kontrolle über das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands bedeutet. Aber Zeitungen, wie das „Berliner Tageblatt“, beschäftigen sich mit der Frage: „Das Gute an Englands Vorschlag“. Eine der Zeitungen machte folgende charakteristische Aeußerung: „Es ist besser, Englands Sklave zu sein, als von Frankreich in Stücke gerissen zu werden.“ Die Abreise des früheren Ministers von Rathenau nach London beweist, daß die begonnenen Verhandlungen fort-dauern werden. Die englische Regierung bemüht sich, durch ihre gesamte Presse in Berlin Hoffnungen zu erwecken auf Stundung der Zahlungen und auf wirtschaftliche Hilfe. Die Pariser Presse antwortet darauf sehr verurteilend: Will England die Lücke des deutschen Budgets zustoßen, so muß es dafür sorgen, daß die Lücke im französischen Budget nicht größer wird. Ein Moratorium für Deutschland ist ohne eine Annulierung der französischen Schulden seitens Englands und Amerikas oder ohne eine anderweitige Regelung der französischen Finanzen unmöglich. Englands Besprechungen sind daher zweifellos größtenteils nur Bluff, und ein Versuch, auf Frankreich einen Druck auszuüben, um Zugeständnisse in der türkischen Frage zu erhalten. Dagegen geschah auch vor der Entschcheidung der ober-schle-sischen Frage, wo die englische Presse voll von sehr klugen Bemerkungen über die Notwendigkeit der ober-schle-sischen Hilfe für Deutschland war, und wo Lloyd George der deutschen Regierung seine Unterstützung in dieser Frage zu-jugewie. Alle diese Versprechungen haben sich aber als Nichts herausgestellt, als die englische Regierung gezwungen war, mit Frankreich über die Washingtoner Konferenz zu verhandeln, und als sie versuchte, Frankreich durch Zugeständnisse gegen Deutschland einzunehmen. Für England als Weltmacht und vor allen Dingen als asiatische Macht, bedeutet Deutschland nichts anderes als ein Austauschobjekt. Die politischen Kreise Deutschlands müssen sich selbst die Schuld geben, wenn sie das nicht begreifen und nach jeder Niederlage vom tückischen Albion zernern. Es ist keine Lücke Englands, es ist nur Deutschlands Angst, der Wahrheit in die Augen sehen, und das erzeugt alle Missionen.

### Englands Kolonialschwierigkeiten.

Englands Erbe bereist Indien. Die dortige Lage kann man am besten mit den Worten eines Artikels charakterisieren, der im Organ Lloyd Georges, „Daily Chronicle“ vom 21. November, erschienen ist: „Seine „Königliche Hoheit“ findet überall begeisterte Aufnahme... Dabei sind elf geldlos und 150 den Hospitalen überwiesen worden.“ Die sich ausbreitende und vertiefende indische Bewegung und der Umschwung in den politischen Ansichten der indischen Opposition, das wachsende Verständnis dafür, daß man durch passive Opposition nichts erreichen kann, wirkt sogar auf den Führer dieser Opposition, den Lakschman Ganby, völlig entmutigend. Gleichzeitig wächst die Aktivität der niederen Volksschichten. Die englische Regierung sieht schon im Geiste an den indischen Grenzen die roten Armeen sowie die Tätigkeit der Sowjets und den Einfluß derselben durch Afghanistan eindringen. Sehr erleichtert verkündet die englische Regierung durch die Zeitungen, daß es ihr gelungen sei, einen neuen Vertrag mit dem Afghanen Emir zu schließen, der die Errichtung russischer Konsulate an der nördlichen Grenze Indiens verbietet. Der englische sieht überall Geldspender und verliert die Fähigkeit, die Bedeutung seiner Handlungen zu ermessen. Die englische Regierung vertritt nicht frohlockend die Mitteilung über den Afghanen-Vertrag und vergißt dabei, daß sie dadurch den Völkern des Ostens folgendes sagt:

1. Daß sie Sowjetrußland fürchtet.
  2. Daß sie die Selbständigkeit Afghanistans beschränkt.
- Wenn die englische Presse dabei unterläßt, daß der Emir für diese Zugeständnisse kein Geld bekommen hat, so stärkt sie nur dadurch den Eindruck, den der Vertrag in Indien und in Afghanistan hervorruft, einen Eindruck, der sicher nicht zugunsten des englischen Imperialismus ausschlägt.

### Politische Übersicht.

#### „Enthüllungen“ über Poincare.

Das „Berliner Tageblatt“ hat wieder einmal das deutsche Vaterland gereizt. Aus russischen Dokumentensammlungen gräbt es einige Berichte aus, die Herr Isdolski als russischer Vorkämpfer in Paris in den Jahren 1912/14 verfaßt hat. Die Berichte sind wirklich sehr interessant und sie zeigen, wie die französische Regierung und speziell Herr Poincare auf den Weltkrieg hingearbeitet haben. Aber das ist uns wirklich nichts Neues. Wir Kommunisten haben nichts gemein mit jener moralerfüllten Suche nach dem „Schuldigen“ am Weltkrieg. Wir wissen, daß der Weltkrieg sich nicht durch die Sünden einzelner Personen, sondern durch die Gegenätze der kapitalistischen Großmächte entwickelt hat. Daß dabei das französische Bankkapital und sein politischer Agent Poincare eine entscheidende Rolle spielten, zweifelt kein Kundiger an; aber daß die deutsche Bourgeoisie und die mit ihr verbündeten Militaristen ebenso den Weltkrieg vorbereitet haben, ist auch über jeden Zweifel erhaben.

### Die Verhandlungen mit der Reparations-Kommission.

Die Reparationskommission hat in Paris die Vertreter der deutschen Regierung empfangen und erklärt, daß die Forderung um einen Zahlungsausschub nicht geprüft werden könne, ehe die Austunft, die die Reparationskommission in

### Das Liebnacht-Duremburg-Kinderheim in Samara

Am 15. Januar, dem Todestag unserer beiden großen Vorkämpfer, soll das Liebnacht-Duremburg-Heim in Samara in Rußland eröffnet werden. Dieses Heim bestimmt, hunderte Kinder Rußlands aufzunehmen, wird das erste lebende Denkmal proletarischer Solidarität und brüderlicher Hilfsbereitschaft sein. Seine Kosten werden bestritten von den Sammlungen der deutschen Arbeiterjugend und Kinder unter Mithilfe der holländischen Genossen, die 2000 Mark dafür gaben und jeden Monat 4000 Mark für die Erhaltung des Heims bereitstellen wollen. Tausende Genossen, denen wir den Plan zu diesem deutschen Heim in seiner gesamten Einrichtung vorlegten, meinten, daß es ein wahres Märchen werden würde und gaben uns noch mancherlei Sinne und Rathschläge zu, denn, um es zu errichten werden soll, entsprechende Veranlassung in Bezug auf Einrichtung und Organisation. Es war von uns geplant, sofort 200 Kinder von 6 bis 11 Jahren in dieses Heim aufzunehmen, die von uns dort ganz heberbergt, versorgt und erzogen werden sollten. Eine russische Genossin, Leiterin eines Kinderpädagogischen bei Moskau, die sich jetzt in Deutschland aufhielt, rief uns, nicht gleich von Anfang an 200 Kinder aufzunehmen. Die Erziehungsarbeiten in einer so großen Gruppe sei für die deutschen, mit den russischen Verhältnissen noch wenig vertrauten Genossen und Genossinnen zu schwierig, sie ließe unlosbar und würde zu Konflikten führen. Es sei organisatorisch klüger, erst mit einer kleinen Gruppe von etwa 40 bis 50 Kindern zu beginnen, und danach in einem oder mehreren Häusern für 200 Kinder, die aus der Umgebung herbeizukommen, eine Spritzenanstalt einzurichten, in der Mittag- und Abendessen ausgegeben würde. Die erste kleine Gruppe aber, einer ersten Erziehungsstelle gleich, die voll versorgt und erzogen werden soll, kann dann von Monat zu Monat vergrößert werden durch regelmäßige Ankäufe unter den 20 zur Erziehung kommenden Kindern. Nur ein diese Stelle, meinte die russische Genossin, würde ein jugendliches Erziehungsamt an den Ort setzen, damit die Jugenderziehung verwirklicht werden kann. Zum Teil halb verwahrlohten Kindern müßte sein.

Alle Vorschläge und Berichte dieser Genossin gaben uns einen Einblick in die Lage und vorzeitige Art, wie die Sowjetregierung ihrer Erziehungsarbeit ansetzt und gehen von dem Gesicht, mit dem sie an diese jugendliche Aufgabe herangeht. Tausende Erziehungen haben die Kinder bei ihren verfallenen Verfassungen am dem Schicksal der germanischen Kindererziehung gewonnen. So ist eine ihrer ersten Forderungen, die der holländischen Regierungsbildung, die nicht gegen die Heberbergtung ihrer Kinder zu unternehmen, gesagt werden kann, daß wir mehr als eine Gruppe von 200 Kindern von einem Erzieher geleitet und versorgt werden dürfe.

Die deutschen und holländischen Genossen, die wir als Leiter des Liebnacht-Duremburg-Heims mitbrachten, werden also nicht nur ein jugendliches Amt, sondern die Erzieher zu einem humanistischen Erziehungsamt, einer humanistischen Kindererziehung, begründen. Es wird eine große Aufgabe sein, die über wartet.

Schon sind jetzt alle Vorbereitungen für den Transport der angelauchten Genossen getroffen. Die gesamte Einrichtung, die

für das Heim nötig ist, muß von uns hinüber genommen werden. Die russische Regierung gibt uns die nötigen Räume und übernimmt die Versorgung mit Wasser und Licht. Alles andere muß von uns beschafft werden, was bei dem Bestreben, möglichst gut und nicht zu teuer einzukaufen, keine kleine Aufgabe für die Einrichtungskommission war. Da galt es, zu wählen und zu kaufen: 20 Kinderbetten mit Matratzen, Kissen, Decken und Bettwäsche, für 200 Kinder Handtücher, Taschentücher (1000), Waschgerät, Jahr- und Kleiderbügel, Seife, Waschlappen und Zeitungsblätter, Kamm und zwei Haarschneidemaschinen, Kleider und Schürzen, dreimal Leinwand für 200 Kinder wurde von den holländischen Genossen gekauft und ein Teil der Wollwäcker ebenfalls. Wir besorgten 60 Paar wollene Strümpfe, 30 Paar Schuhe und Handschuhe, 10 Paar wollene Socken, Mäntel und Hüte. Der größte Teil der Oberbekleidung und Stiefel wurde gekauft und in den Rümpfen und Schufernwerkstätten repariert. Dazu kam die gesamte Einrichtung des Hauses, Schränke, Tische, Stühle und alles, was zur Reinigung gehört, vom Besen bis zur Seife. Mitgenommen wurden 1 Zentner Schmierseife und 2 Zentner Soda, 3 Badewannen und Badewagen, ein Desinfektor, Hand- und Frottiertuchhalter und Frottiertücher, eine Spüle mit allen dort benötigten Reibmitteln, Latex, Seifenpulver, 10 Zimmerlöffel, dazu noch die gesamte Kindererziehung, 10 und 1000 Liter für 20 Personen, 12 Kochtöpfe, 10 Kratzen, 3 Galvanisiermaschinen, ein Kochherd und verschiedene Dinge, ein Wasserfaß, Frottiertuchmaschine, ein Kessel zum Waschen. Dazu alles Gerät, was zur Küche gehört, Waschtisch, Waschmaschine usw., 1500 Pakete Konservieren, Konservieren, alle sonstigen Nahrungsmittel, alles Mögliche, mit Gemüse, Fingerringen, Zahnen, Scheren, Schwämmen und weichen Sand usw. Außerdem sind mitgeführt alles Gerät zu Garten- und Feldbau und zur Tischarbeit. Auch Schreibmaschinerie und Schulgerät, Seife, Stifte, werden schon eingekauft, aber es geht für die Kinder noch das nötige Spielzeug zur Beschäftigung und Unterhaltung. Da waren wir den Genossen dankbar, wenn sie für diese Zwecke in der kurzen Zeit, die noch bleibt, nicht ungezogen werden. Schließlich gibt mancher junge Genosse etwas von seiner Reichhaltigkeit ab. Besonders erwünscht sind Felle, vor allem ein Ziegenfell, Bärenfell, Fuchsfelle und ein Wollschaf. Für das Kinderheim sollten wir unbedingt noch eine Nähmaschine und eine Hobelbank haben. Es wird dort noch viel zu machen sein und auch Tischarbeit gibt es bei der Einrichtung noch reichlich, die der Genosse ohne Hobelbank nicht ausführen kann. Für Heberbergtung dieser Gegenstände gegen eine Entschädigung können wir sehr dankbar und erhitzen sofortige Werbung an die „Arbeiter“, Tschelchker Straße 3.

### Wohin?

Von M. Kemzow

Wir sind alle von ihnen sind es — Kind und heranzugehoren

Wie viele solcher kleiner Wesen gibt es — verlassen von den Erwachsenen, dem Hunger preisgegeben, mit erbittertem Händchen umherirrend, einen qualvollen Gesang auf dem Lippen:

„Gibt — Brot!“  
Und wieviele von ihnen, die kaum das Licht der Welt erblickt haben, sind von den durch die unerträglichen Leiden dem Wahnsinn verfallenen Eltern erdroffelt oder in den Fluten der Wolga ertränkt worden.

Der Tod ist leichter als ein solches Leben. Jugendliche Märtyrer, die die schweren Schicksals-schläge schon entkräftet haben.

Und der Tod langt weiter seinen wilden Reigen in der Millionenmasse kleiner Wesen, die dem Leben eben erst geschenkt worden sind.

Sehen wir uns jetzt die „Geretteten“ an. Die, welche eben in den Kinderbewahranstalten angekommen sind. Auch hier hält der Knochenmann, wenn auch in anderer Form, seine Ernte.

Hier wüthet der Typhus, Ektubus... Die zerrissenen Lumpen, wie auch der nackte Fußboden wimmeln von Parasiten... Die Eingepferchttheit leidet der gegenseitigen Anfechtung Vorschub.

Es ist kein Platz da, sie unterzubringen, keine Möglichkeit, sie zu bekleiden. Keine Betten, wo sie ihr gequältes Körperchen ausruhen könnten. Und hier erwarten sie ergebene und mit einer Mühe, die Kinder gar nicht eigen ist, die Abführung der Qualen.

Friedhofstraße herrscht hier... Keine Stimme, geschweige denn Lachen ist zu hören. Lebendige tote mit einer erwartenden Frage auf den Lippen...

„Wo bist Du her — versuchte man zu erfahren — wo sind Deine Eltern?“

Lange schaut einem das Kind an. Dann schüttelt es mit dem Köpfchen.

„Hast Du eine Mutter?“

„Eine Mutter habe ich... aber kein Brot. Sie schickte mich, ein Stück zu erbeteln. Und ging selbst fort... Dem Papa hat sie es gesagt. Der Papa wurde krank. Man hat ihn fortgeführt.“

„Und wo befindet sich Euer Haus?“

„Wir haben kein Haus. Der Papa sagte, es ist besser, wir gehen fort... Er wollte sterben...“

„Auf einmal läßt sich von der Seite eine unedle Stimme vernehmen.“

„Wir müssen alle sterben. So hat die Großmutter gesagt. Und wir werden sterben...“

Jemand etwas bewegt sich auf den Gesichtern der anderen. Ein Ausdruck des Begreifens macht sich bemerkbar. Sie verstehen diese drohende Weissagung und warten... Warten...

ihrem Brief vom 16. Dezember verlangte gegeben sei. Die Delegierten verlangten daraufhin Aufschub der Verhandlungen in einen oder zwei Tage. Mittlerweile ist Rathenau in Paris eingetroffen.

Englische Industrielle und Finanzleute kamen ebenfalls. Unter ihnen der Direktor der Bank von England. Sie werden eine Industrie- und Finanzkonferenz mit französischen Vertretern haben. Nach dem „Temps“ wird der Präsident des Verwaltungsrates des Kredit Lyonnais, sowie Schneider, Direktor der Kreuzwerke, teilnehmen, außerdem italienische und belgische erste Finanzleute. Während das offizielle Turnier in Cannes stattfindet, wird in Paris der Versuch eines gemeinsamen Schachers unternommen.

## Wirtschaftliche Übersicht.

### 8,4 Milliarden neue Reichsschulden!

Nach dem Reichsbankausweis vom 23. Dezember hat der Banknoten- und Wechselumsatz in der dritten Dezemberwoche um 8,4 Milliarden Mark zugenommen. Der gesamte Papier- und Wechselumsatz an Banknoten und Darlehnskassenscheinen beträgt rund 116 Milliarden Mark. In der gleichen Zeit, vom 10. bis 20. Dezember, ist die schwebende Schuld des Reiches um 4,4 Milliarden Mark gewachsen; sie beläuft sich jetzt auf 237 869 800 000 Mark.

Dass bei dieser verzwiefelten Finanzlage die Reichsregierung bestrebt ist, den Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen, ist verständlich. Dass sie aber versucht, dieses Gleichgewicht herzustellen allein auf Kosten der arbeitenden Massen, wie jetzt wieder der brutal vom Herrn Groener unter Zustimmung seiner Ministerkollegen provozierte Eisenbahnerstreik zeigt, dagegen wird und muß zusammen mit allen deutschen Eisenbahnern die Gesamtarbeiterschaft Deutschlands Front machen.

Die Besitzenden haben mit ihrer Kriegs- und Wirtschaftspolitik das Finanzland verschuldet. Allein zu ihren Lasten kann es beseitigt werden. Die Sachwertverfassung, vor der die Wilhregierung trotz steigender Schuldenflut immer mehr zurückgedrückt ist, der einzige Ausweg, der zur Befriedung der Staatsfinanzen führen kann.

### 117 Milliarden Papiergeld im Umlauf.

Nach dem eben veröffentlichten Reichsbankausweis vom 23. Dezember hat in der Vorwoche der Bestand an Banknoten um 4,4 Milliarden, der von Darlehnskassenscheinen um 0,4 Milliarden zugenommen, so daß jetzt 109 Milliarden Banknoten und 7,98 Milliarden Mark Darlehnskassenscheine im Umlauf sind. Insgesamt beträgt also der Umlauf an Papiergeld in Deutschland fast 117 Milliarden Mark.

### Weltmarktpreise für Kohlen.

Die Hauptbeschwerden, die Stinnes und seine Präferabanten gegen die Kohlenabkommen von Versailles und Spa führen, ist nicht die, daß überhaupt Kohlen dem ausländischen Kapital geliefert werden — sie verhandeln und handeln gern mit dem „Erbsind“, wenn es nur Profit abwirft —, sondern daß sie zu billig geliefert werden. Der zu billige Preis der Reparationskohlen schädigt, so sagen sie, das Reparationskonto zu Ungunsten Deutschlands.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ vom 28. Dezember macht eine solche Schadensrechnung auf. Danach liefert Deutschland augenblicklich 1,7 Mill. Tonnen Kohlen monatlich frei Grenze des Empfangslandes an die Alliierten. Die Gesamtmenge wird sich für das laufende Reparationsjahr vom 1. Mai 1921 bis 1. Mai 1922 auf rund 20 Mill. Tonnen stellen. Diese Gesamtmenge wird den Alliierten zum deutschen Gruben-Inlandspreis je Tonne angerechnet, wobei die deutsche Papiermark über den Dollarfriedenskurs in Goldmark umgerechnet wird. Das Sinken des Marktkurses hat nun nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ einen beträchtlichen Rückgang der Guldschrift in Goldmark zur Folge. So entsprach der deutsche Grubeninlandspreis für eine Tonne Kohle im Mai 1921 einem Goldmarktwert von 24,1 im September von 16, im Oktober nur noch von 11,2. Die Stinnespresse folgert daraus, daß allein für den Oktober infolge des Sinkens der Mark Deutschland rund 20 Millionen Goldmark bei den Kohlenlieferungen entgangen seien.

Was ist also zu tun, damit Deutschland bei seinen Reparationen besser abschneidet? Stinnes hat die Antwort bei der Hand: Die Erhöhung des Preises für die Reparationskohlen auf den Weltmarktpreis. Das aber bedeutet gleichzeitig die Erhöhung auch des inländischen Kohlenpreises auf den Weltmarktpreis, denn dem patriotischen Stinnes wird es nicht einfallen, im Inland billiger zu liefern als an die Alliierten.

Dieses Stinnesrezept ist im Grunde das Rezept aller kapitalistischen Wiedergutmachung, nämlich die Reparationen zum privaten Profit auszunutzen, mögen dabei auch die arbeitenden Massen zugrunde gehen.

## Schlechte Rundschau.

### Niedriger hängen!

Manche Leute haben bekanntlich die fatale Eigenschaft, stets von sich auf andere zu schließen. Das tut M. G. (Herr Gruschwitz), der sich von der Redaktion der „Freien Meinung“ als „bekanntes früherer Breslauer Kommunistenführer“ officieren läßt, dadurch, daß er in diesem bürgerlichen Sensationsblatt in einem Artikel „Der Zerlegungsprozess in der kommunistischen Partei“ über die „politischen Schieber“ in der SPD, wie ein Marktweib heißt.

Au sich ist dieser Fall Gruschwitz für die revolutionäre Arbeiterschaft, die noch ihr proletarisches Ehrgefühl besitzt, nunmehr belanglos und kann als erledigt betrachtet werden.

Denn nicht einmal in der SPD- oder USF-Presse, sondern ausgerechnet in einem bürgerlich-geschäftstüchtigen Blatt, das hinter kleindürgerlicher Maske sogenannten „freiheitlichen“ Tendenzen huldigen will, in „Blickpunkt“ — ob bewußt oder unbewußt, ist gleich — in bürgerlicher Form

## Die neu-sozialdemokratischen Steuern nach eigenem Bekenntnis —

### „ein wahrhaft teuflisches System“.

In der Sozialdemokratischen Flugschrift VIII: Die indirekten Steuern und Zölle — Wer sie zahlt und wem sie nützen (Buchhandlung Vorwärts, Berlin, 1911) heißt es (auf Seite 2) wörtlich sehr treffend:

„Indirekte Steuern auf Luxusartikel bringen nichts ein. Deshalb sind im Deutschen Reich verzollt und versteuert Getreide und Mehl, Hülsenfrüchte und Backwaren, Vieh, Fleisch und Salz, Butter und Schmalz, Seife, Petroleum und Streichhölzer, Zucker und Kaffee, Tabak, Bier und Branntwein, Feringe, Eier und Obst, Käse und Margarine, kurz und gut, fast jedes Nahrungs- und Genußmittel und jede andere irgendwie notwendige Ware. Die unentbehrlichsten Artikel bringen die größten Einnahmen; so bringen Getreide und Hülsenfrüchte allein ein Drittel aller Zolleinnahmen des Reiches auf. Wird Brot und Fleisch teurer, dann schränkt sich das Volk bei anderen Ausgaben ein; da wird eine billigere Wohnung genommen, der Rock wird noch einmal gestrichelt, anstatt daß ein neuer gekauft würde, es wird eine billigere Zigarre geraucht, die Zeitung wird abbestellt, man verzagt sich ein kleines Vergnügen, das man sich früher noch leisten konnte: alles, alles, was das Leben etwas freundlicher gestalten könnte, unterbleibt, weil man gezwungen ist zu fronden im Dienste des Militarismus, der wiederum nur dem Schutze und der Bereicherung der herrschenden Klasse dient.

Bei Strafe des Todes zwingt uns die Natur zu essen, und bei Strafe des Todes sind wir deshalb gezwungen, die Brot- und Fleischsteuer zu bezahlen. Wer seine direkten Steuern nicht bezahlt, der kann gefändet, aber nicht bestraft werden; wer die Brot- und Fleischsteuer nicht bezahlen will, der muß Hungers sterben. Ein wahrhaft teuflisches System!!

So sprach früher die Sozialdemokratie. Und wegen dieser alten guten Lehren folgen ihr immer noch große Massen des Volkes. Jetzt aber hat die Sozialdemokratie diese alte Kampfstellung längst aufgegeben. Sie ist jetzt die Trägerin und Nutznieherin des „wahrhaft teuflischen Systems“. Sie fügte ihm inzwischen noch hinzu die höllischen Jangen der Umsatz- und der Kohlensteuer, damit nur ja auch für den ärmsten und hungriesten Proleten keine Lücke in dem Teufelsystem ihrer Steuerpolitik offen bleibe!

Nerventinkmaterial für lusterne Bourgeoisjünglinge liefert, als angeblicher Kommunist gegen die kommunistische Partei in Polizeispitzelmannier hegen — das bedeutet tatsächlich das politische Todesurteil für jeden, der jemals noch sich Kommunist nennen wollte. Und Herr Gruschwitz, der so bar jeden kommunistischen Gefühls ist, daß er nach dieser Leistung sich inbar noch glaubt, zur SPD zu gehören, soll sich ja nicht einbilden, daß die Genossen von der SPD mit ihm werden das Geringste zu tun haben wollen, sobald sie den schwarzen Unfals auf weißem Papier lesen.

Wie gesagt: für jede kommunistische Partei und Gemeinschaft ist der Fall Gruschwitz erledigt.

Es ist nur noch nötig, daß man wenigstens eine Berle Gruschwitzschen Kommunismus den Parteigenossen und jedem klassenbewußten Arbeiter aufzeigt. Herr Gruschwitz schreibt:

„Ganz besonders tut sich bei den wüsten Angriffen gegen die „schlappe“ Zentrale (die der Lwi und Däumig. Anmerkung d. Red. d. „Schl.-Arb.-Ztg.) ein hysterisches Frauenzimmer hervor, die, in Oesterreich hinauszugeworfen, sich Berlin zum Tummelplatz ihrer Laten ausersahen hatte. Sie heißt eigentlich Elise Friedländer, kennt sich aber Ruth Fischer (seit ihrer Ausweisung hat sie als Wagner, Müller usw. gearbeitet). Ihr geistiger Zwillingbruder (der ihr übrigens auch in anderer Beziehung nahe steht) ist ein gewisser Maslow, ein Mann, den Lenin treuend als „linken Dummkopf“ bezeichnet hat.“

Man beachte das „hysterische Frauenzimmer“. Man schaue sich an, wie liebevoll Herr Gruschwitz über die Genossin Fischer der Polizei das typische Spitzelmaterial liefert. Man würdige gebührend das „auch in anderer Beziehung“ in Hinsicht auf den Genossen Maslow und die Genossin Fischer.

Und dann weiß jeder, daß der Artikel des Herrn Gruschwitz nur etwas zu hoch gerichtet ist. Er sollte wahrscheinlich unter der Rubrik „Aus den düstersten Winkeln Breslaus“ derselben Nummer der „Freien Meinung“ stehen, allwo sich „kulturgegeschichtliche Stützen“ über „Kokotten unter sich“ brüsten.

Und darum auch unsere Ueberschrift: „Niedriger hängen!“

### Ein Spaziergang durch die „Schleifische Vergewalt“.

Von einem Arbeiter erhalten wir folgenden Artikel, den wir gern zum Abdruck bringen:

Wenn man gezwungen ist, dieses Auch-Arbeiterblatt täglich zu lesen, braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter gleichgültig dem großen Geschehen in der Geschichte der Menschheit gegenüberstehen. Ohne jede eigene Meinungsäußerung bringt man auf der ersten Seite die Meldungen über den sich immer mehr ausbreitenden Streik der Eisenbahner im Westen; derweil brüht man schon wieder über Plänen, wie man den Kämpfern ums nackte Leben in den Rücken fallen kann. Hat man den Bergarbeitern gar nichts zu sagen, sollen sie nicht gleich ihren Schibern im Ruhrrevier, zur Alarmbereitschaft ausgerufen werden? Schon eine Willenshandgebung der niederstehenden Bergarbeiter müßte die Eisenbahner in ihrem Kampfe gegen die Regierung unterstützen und den Dickschädel des „Hundstot-Grüner“ zur Kackgebildeten zwingen.

Auch zur Unterstützung der Arbeiter im Galen-gebirge könnten die Bergarbeiter ein Wortchen mitbringen. Dann kommen einige Nachrichten über das große Räubertrüben: Auf Deutschland zahlen oder nicht. Mit kaltem Kopfe wird reagiert, daß Russland den Kapitalismus wieder einführen

gleichsam beweisend, wie recht die Politik der deutschen Sozialdemokratie zur Stärkung des Kapitalismus und damit der Reaktion in Deutschland sei. Im Zeitartikel „Glossiert man die Auseinandersetzung der Generale und sonstigen Reaktionäre über die Schuld am verlorenen Krieg; alles höchst zahm, damit es nicht die große Koalition löse.“

Aber dann fällt man giftig über die Kommunisten her. Das ist ja nur eine proletarische Partei, da kann man schon „eine Spitze räkieren“. Zum lausibolischen Male wird die kommunistische Partei totgesagt. Der „Vergewalt“ sei aber gesagt: die SPD gebietet und wird weiter wachsen, genau so wie die Weltrevolution, die sie verneint, sich trotz allem fortentwickelt, und genau so wie Sowjet-Rußland lebt, daß sie auch schon lausibolmal totgesagt hat. Die kommunistische Partei wird leben, weil sie eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Die SPD wird auch die jetzige innere Krise, wie sie jede junge Organisation durchmacht, überleben. Wir empfehlen der SPD die Geschichte ihrer eigenen Partei zu studieren, damit sie weiß, daß sie dieselben Anfangsstadien durchlaufen hat. Bei der Kampfesweise der SPD gegen die Kommunisten wird man an Karl Marx erinnert, den ein wagherrter SPD-Mann heute ja auch schon als Kronzeugen ablehnt, weil er unbequem ist.

Seit Jahren tritt das Volk an seinen Ketten, tiefer und tiefer sinken die Massen hinab ins graue Elend, nichts geschieht von seiten der sozialistischen Minister. Sie müssen sich ja das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien zu verdienen suchen, darum trampeln sie alle Versuche der Arbeiterschaft, eine geschlossene Front gegen die Reaktion herzustellen, nieder.

Wir haben es herzlich weit gebracht in der freiesten Republik der Welt, in der Republik Fritz Ebert. Wie oft schon hat die Arbeiterschaft den Schutze der freiesten Republik mit Zuchthaus und Tod bezahlen müssen. Bei den Demonstrationen am 31. August, auf dem Parteitag in Weislich, im Weisfelder Hof, kommen und in den zehn Punkten des ADGB, lehrt die Forderung nach Reinigung der Justiz und Verwaltung von den Reaktionsären immer wieder. Wir haben Sozialdemokraten als Minister des Inneren und der Justiz. Wie ein Faustschlag für die Arbeiter wirkt es, wie in Leipzig mit den Kapitulanten umgegangen worden ist. Keiner kam vor ein Ausnahmegericht. Nein, Fritz Ebert ließ es ruhig zu, daß die Richter seine Ausnahmejustiz nur gegen die Arbeiter anwendeten, die Fritz Ebert und seinen Spießgesellen die Rückkehr auf die Ministerieessel ermöglichten.

Nach den Märzämpfen 1921 wurde wieder mit Hochdruck gegen revolutionäre Arbeiter von seiten der Justiz gemotzt, alle Paragraphen, Sprengstoffgesetz usw. wurden herangezogen, um drakonische Urteile fällen zu können. Allen wurde die Lauterkeit ihrer Absicht abgesprochen, nur um sie ins Zuchthaus zu bringen, Jagow, ja Bauer das ist was anderes! Wir haben bei allen sich bietenden Gelegenheiten die Freilassung der politischen Gefangenen gefordert, die Sozialdemokraten, an ihrer Spitze der Justizminister Raddbruch lehnen es ab.

Wie zum Hohn, oder anders gesagt, um einmal zu sehen, wie weit sie in ihrer Frechheit gehen könnten, wie weit sie den Bogen überspannen können, hat sich die Dicke Justiz diesmal sozialdemokratische Arbeiter ausgesucht, um sie auf Jahre ins Zuchthaus zu stecken. In Gröbzig in Anhalt veranstaltete der Kriegerverein „Stahlhelm“ einen Umzug, dabei wurden einige Arbeiter aus dem Zuge heraus aufs gröblichste beleidigt. Nach Schluß der SPD-Mitgliederversammlung gehen die Arbeiter Fräßdorf, Venne und Schulze in den Saal, wo das Kriegervereinsfest stattfand. Dort kommt es zu einer Schlägerei und die Folge ist: eine Anklage wegen Landfriedensbruch. Fräßdorf und Schulze je zweieinhalb Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, Venne ein Jahr Gefängnis. Dieses Schandurteil wurde am 20. Dezember 1921 am Schwurgericht in Dessau gefällt. Von diesem Schandurteil der deutschen Justiz erfahren die Leser der „Schl.-Vergewalt“ nichts, das ist ja verständlich, die SPD-Arbeiter könnten ja die richtige Frage stellen: Und unser Genosse Raddbruch, was sagt der dazu?

Nur weiter auf dieser Bahn. Selbst der Bourgeoisie die Kommunisten bekämpfen, dann wird der Tag nicht mehr fern sein, wo auch dem letzten Arbeiter die Augen ausgehen, wo auch dem letzten Arbeiter, der Euch jetzt noch nachläuft, klar wird, daß er nichts an der Seite von Stinnes und Stresemann zu suchen hat. Dann wird der Tag kommen, wo das deutsche Proletariat antritt zum letzten Gefecht, dann wird sich der Krieger Proletariat erheben und seine Ketten sprengen. Arbeiter fordert überall die Einheitsfront der Arbeiter, fordert die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen und auf: Durch Kampf zum Sieg.

## Aus der Landarbeiterbewegung.

### Aus dem Leben eines Landarbeiters.

Ein Landarbeiter schreibt uns:

Die Kommunisten sind verhasst, verhaßt und noch einmal verhaßt, weil sie den Spießhaken auf die Finger klopfen. Das mit Recht.

Ich halte in meinem Leben viel zu kämpfen und zu leiden. In manchen Stellen hatte ich Nachtquartiere, die wären für die Führer noch zu schlecht, diese wären im Winter erfroren. In meiner jetzigen Stellung habe ich endlich das Recht erlangt, meine Bude zu heizen!

Ich habe 5 Jahre in der Fremdenlegion gedient. Wenn ich der Wahrheit die Krone aufsetzen will, so muß ich sagen:

Ich habe im Durchschnitt in der Legion in jeder Hinsicht menschlicher gelebt als in der deutschen Landwirtschaft in der Vorkriegszeit und nachher. Jetzt lebe ich nur als ein Arbeiter. Nur genügend arbeiten, das ist die Hauptsache. Ob man genügt genährt, oder ob man ein menschliches Obdach, oder ob einen das Ungeziefer halb aufgehet, ob man im Winter in seinem Nest halb erfriert, oder ob man sauberes Bettzeug hat, danach fragt kein Teufel.

25 Jahre habe ich schon ein Hämorrhoidenleiden. Habe eine ungefunde, dumpfe Wohnung, jedoch ich des Nachts nach Lust ringen muß und des Morgens Kopfschmerzen habe.

Seit Dezember 1919 bekommen wir täglich zum Bspetrot nichts als Kaffee und einen Handtas, mit dem man gerade ein Auge zudecken kann. Brot kaufen wir auf unsere Brotkarten. Wir bekamen im Jahre 1921 noch keinen Kern Zucker für unseren Kaffee und sind genötigt Süßholz zu kaufen. Die Lebensmittel hat die hochwürdige Gesellschaft in ihren Händen. Sie haben reichlich Mehl, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Del, Holz und was sie sonst noch brauchen. Die dummen Knechte dagegen haben nichts Vernünftiges zu fressen. Es ist da, aber nicht für uns. Bei der Arbeit sind wir Männer, verpflegt werden wir als Naben. Zumweilen bekommen wir noch alles Raffines von Tieren, die wegen Krankheit ausgeschlachtet wurden. Wenn es nicht appetitlich ansieht und für die Gesundheit zu schlecht ist, bekommen es die Knechte.

# Mittwoch, abends 7 Uhr: Wichtige Mitglieder-Versammlung.

Stellungnahme zu den Vorgängen in der Partei. — Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Es ist nicht mehr zum Aushalten. Schon 43 Jahre sehe ich unter der Fuchtel der besitzenden Klasse. Nicht als Ausbeutung, Entbehrung. Mit einem Wort: Sklaverei ohne Ende. Ich bin seit einigen Jahren heruntergekommen, emskriert. Mein Magen ist so kaputt, der laugt bald nichts mehr. Da kann ich bald die Arbeit an den Nagel hängen und mich selbst dazu. Proletarierlos! „Der Tod ist der Sünde Sold!“ Der Arbeiter Sold ist ein langamer Hungertod!

(Name) Mitglied der 3. Internationale.

Der Brief ist von Anfang bis Schluss eine einzige Anklage gegen die junkerlich-kapitalistische Gesellschaft. Das schwer geknechtete Landproletariat wird an der Seite des revolutionären Industrieproletariats die aufgestellte Rechnung im harten, jähen Kampfe gegen das Großagrariat, gegen die kapitalistische Gesellschaft quittieren. Das stolze Bekenntnis des Landarbeiters zur 3. Internationale ist der unter der Landarbeiterschaft sich bahnbrechende Geist. Der Geist der Revolution.

## Einmal im Jahr die Wahrheit gesagt.

Die großagrarischen Wucherpreise werden von der Junker- und Bauernpresse stets mit den hohen Ausgaben verteidigt. Das Junkerblatt, die „Greifswalder Zeitung“ füllt sich gemüht, wohl in einer christlichen Anwoadlung, vor Jahreschluss wenigstens einmal der Wahrheit die Ehre zu geben. Sie schreibt am 29. Dezember über den Wiederaufbau der Landwirtschaft:

„Sie kennt die Mittel, welche zur Steigerung ihrer Erzeugnisse zur Verfügung stehen, sie braucht sie nur richtig anzuwenden. Es dürfte heute wohl kaum einen Landwirt geben, welcher noch nichts vom Nutzen der künstlichen Düngung gehört hat. Warum da noch zaudern, dieses Betriebsmittel in ausgiebigerem Maße anzuwenden? Wohl ist der Kunstdünger schmerzhaft teurer, aber die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind es verhältnismäßig noch mehr.“

Also zaudert nicht mehr, Junker, der Profit ist durch die Wucherpreise gesichert.

Die „Greifswalder Zeitung“ glaubt wohl, wenn sie am Jahresabschluss einmal den Wucher der Junker und Großgrundbesitzer zugibt, daß sie von ihren Sünden absolviert sei. Oder ist die Moral so: man tut Buße, um nachher desto mehr zu lügen?

## Aus der Partei.

### Die Berliner Funktionäre einmütig gegen Friesland und die A. S.

Am Freitag abend fand in Berlin, in der Brauerei Friedrichshagen, eine Versammlung sämtlicher kommunistischer Funktionäre Groß-Berlins statt. Neben den politischen Funktionären einschl. der Zehnergruppenführer waren auch die Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre erschienen. Der große Saal war überfüllt; es waren mit über 2000 Genossen anwesend. Das Referat über die gegenwärtige Lage in der Partei hielt Genosse Piel. Auf Wunsch der Opposition wurde dem Genossen Friesland das Korreferat bewilligt. Friesland versuchte vergeblich, oft unterbrochen von entrüsteten Zurufen der Funktionäre, den Genossen den Standpunkt seiner Gruppe mündgerecht zu machen. Nach kurzer Diskussion erfolgte die Abstimmung. Für die Resolution des Zentralvorstandes Berlin-Brandenburg, die das Treiben der Friesland, Matzka und Broß aufs schärfste verurteilt, erhoben sich alle Anwesenden die Hände. Als die Gegenprobe vorgenommen wurde, stimmten nur Matzka, Richard Müller, Broß, und etwa 20 ihrer Freunde. Das Ergebnis zeigt, daß die Berliner kommunistischen Arbeiter einmütig zur Partei und zur Reichszentrale stehen. Diese Funktionärskonferenz hat erneut gezeigt, daß in Groß-Berlin die entscheidende Mehrheit der tätigen Parteigenossen nicht genügt ist, durch eine kleine Gruppe den Charakter der kommunistischen Partei zu verwischen zu lassen.

## Colales.

### Genossin Stadtvordrucker-Sitzung.

In der Sitzung am 29. Dezember fanden keine Beschlüsse zur Beratung. So wenig wichtig alle Beschlüsse waren, so waren sie doch für den aufmerksamen Beobachter nicht lehrreicher.

Also gehen wir der Reihe nach. Als erster Punkt stand die Erhöhung der Schlachthofgebühren um 100 Prozent. Der Deputierte begründete die Erhöhung mit der allgemeinen Steigerung aller Preise und Löhne. Stadtv. Schmel (bürgerl.) wandte sich dagegen, ebenfalls Stadtv. John (SPD). Letzterer führte aus, daß er sich dagegen wenden müsse, weil es sonst der Arbeiterklasse immer mehr unmöglich werde, sich Fleisch zu kaufen, da die Fleischer ja die ganze Erhöhung hübsch nach oben abgerundet auf die Käufer abwälzen. Dem trat Stadtv. Zimmer (SPD) entgegen; er legte sich für die 100 Prozent ins Zeug mit der Begründung, die Arbeiter können sich sowieso selten einmal ein Stück Fleisch kaufen, folglich werden sie von der Erhöhung am wenigsten betroffen, da sie dann wahrscheinlich überhaupt kein Fleisch mehr kaufen können. Also weil die Arbeiter schon jetzt selten das teure Fleisch kaufen können, kann man es ruhig weiter verteuern, man schlägt dann nur das Bürgertum damit. Wie muß es wohl im Schädel eines solchen Sozialdemokraten aussehen? Wir würden empfehlen, Zimmer eine Freitarte an den

Wirst Du Mitglied eines Arbeiter-Gesangsvereines?

Wirst Du im Arbeiterturnerbund?

Wirst Du Arbeiterkamerader?

Wirst Du in sonst einem Arbeiter-Sport- oder Wanderverein?

Wirst Du proletarischer Freidenker?

Wirst Du in Deinen Kreisen schon etwas getan für die Hungernden in Sowjet-Russland?

Vorträgen „Grundprinzipien des Sozialismus“ zu schenken, damit er in Zukunft die Arbeiterklasse nicht weiter blamiert. Nur beim Pferdeschlag tritt eine Erhöhung von nur 40 Prozent ein, weil das hauptsächlich von Arbeitern gegessen würde. Nur so weiter, die 100 Prozent wurden bewilligt. Beim 2. Punkt kamen Scherzen der Polizei zur Sprache, es wurden 1487 Mark für Küstungszwecke gefordert. Der da an Säbel, Pistolen und dergleichen denkt, befindet sich sehr im Irrtum. Bei der glänzenden Finanzlage der Stadt, ich weiß nicht, wie hoch der „Uberschuss“ im laufenden Jahre ist, hat die Polizei den Mut, auf Kosten der Steuerzahler, und das sind im neuen Deutschland Arbeiter und Angestellte, Fritzejan zu fordern. Rund 1500 Mark für Achselhüte, Portierhüte, Säbelschutzhelme, Treppen usw. Es wurden nur 31,60 Mark bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wurden der Polizei einige recht unangenehme Wahrheiten gesagt, unter anderem, daß sich die Spitzbuben in Gottesberg ihre Opfer immer in der Nachbarschaft der Polizeistation suchten. Da ja, wenn man von den neuen Treppen träumt, läßt man Spitzbube Spitzbube sein. Anträge auf Freistellen an der höheren Schule sollten in Zukunft in geheimer Sitzung beraten werden. Soll die Dezentralität nicht wissen, wessen Kinder eine Freistelle bekommen? Ein Antrag zur Säuglingsklinik in Waldenburg wurde abgelehnt. Die Stationsgelder der Schwester im Krankenhaus wurden erhöht, ebenso die Beschäftigten im jüdischen Krankenhaus genau so wie im Kreis-Krankenhaus. In die Kommission zur Schaffung eines neuen Paragrafen für das Ortsstatut zum Stadtbauplan wurden drei Komm. zugewählt, ebenso drei Komm. in die Schuldeputation. Beim nächsten Punkt, Magistratswahlen, kam es zu einem kleinen Wortgefecht, weil aber die Bürgerlichen sich noch nicht einig waren, wurde die Wahl auf den 12. Januar vertagt. Weiter wurden Gas auf 3,30 Mark, Wasser auf 2,50 Mark pro Kubikmeter ab 1. Januar erhöht. Ein erneutes Geheiß des Schulausschusses wurde erneut abgelehnt. Dann kamen noch einige feuerliche Bemerkungen zum Ausdruck und eine Beschwörung über das Amtsblatt wegen seiner Beschränkung der Bergarbeiter. Die Kartoffelkalamität wird vor Eintritt milder Witterung nicht besser werden. Schadet nichts, das Fleisch wird teurer, zu was braucht's Kartoffeln. Nach erledigter Tagesordnung fragte Stadtv. Scholz (SPD), den Bürgermeister, in welchem Geschäftsblatt ließe, daß die verschiedenen Stammschone verzeichnete wüßten, er habe überall nachgesehen, aber nichts gefunden. Er meinte, hier seien sie wohl über 4000 herum gekommen. Der Bürgermeister sagt: in einem Geiz steht das nicht, aber die Regierung verlangt das. Baha. Es wäre nur zu wünschen, daß diese Genossenschaftler in Wirklichkeit und nicht nur bildlich hinter's Ohr geschoben würden, denn eher werden sie nicht lang. Leider müssen nur die Arbeiter die Preise bezahlen. Und ihr Arbeiter müßt viel mehr diese Sitzungen besuchen, damit ihr eure Vertreter in ihrer ganzen Untätigkeit erkennen könnt.

## Eingefandt.

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion nur die strafrechtliche Verantwortung.

### Der Gaspreis 3,20 Mark

Für die Ablesung Dezember 1921 bis März 1922 für 1 Kubikmeter, dies bedeutet die jährliche Betriebsdeputation am 12. Dezember 1921. Sie ist berechtigt, den Gaspreis eigenmächtig und ohne vorherige Genehmigung der Stadtvordrucker zu verändern? Falls ja, so werden die Käufer in öffentlichen Versammlungen diese teils ihrer Stadtvordrucker der Betriebsdeputation erteilte Vollmacht zu widerrufen, die Stadtvordrucker für die den Wählern aus dieser großen Pflichtverletzung resultierenden

Schaden haftbar zu machen und ihnen ihr Mistrauensvotum zu erteilen haben! Denn wir, die Bevölkerung, die heute mit jedem Pfennig rechnen müssen und an indirekten Steuern mehr als genug haben, dürfen fordern, daß sich unsere angeleglichen Vertrauensleute unter den Stadtvordrücken nicht zu unserm Nachteil des Rechts begeben, neue Abgabenlasten — insbesondere in der vorliegenden ungeheuren Höhe — eingehend zu prüfen, ehe sie und als unbedingt nötig aufgebildet werden.

Es gibt Breslauer, die aus der kurz zuvor und der nur wieder erfolgten Gaspreissteigerung trotz Bürgergesetzes durch rechtzeitige umfangreiche Einbedung mit billigen Marken Tausende von Mark (man spricht in einem (?) Falle von 10 000 Mark) zum Nachteil anderer verdient haben. Auch dies durch rechtzeitige Gegenmaßnahmen zu verhindern, war Pflicht der Stadtvordrücken und der Betriebsdeputation, sofern nicht der Verdacht begründet sein soll, daß diesen Wucher die Stadtvordrücken und die Betriebsdeputation als Handlanger zu benutzen verstehen.

Sollte jene Vollmacht aber nicht erteilt worden sein und die Betriebsdeputation eigenmächtig gehandelt haben, dann wird man unter Ungültigkeitserklärung ihres Beschlusses vom 12. Dezember 1921 ihre sofortige Absetzung fordern müssen.

Diese einseitige Herausgabe des Preises mitten im Monat und die einseitige Festsetzung der Rückwirkung dieser Erhöhung auf den Anfang des Monats ist für den anderen Teil, die Verbraucher, ohne ihre freiwillige ausdrückliche Zustimmung aber überhaupt rechtsunverbindlich. (Was würden die Zeitungsubskribenten sagen, wenn im Monat aufgefördert würden, außer dem von ihnen bereits am Monatsersten gezahlten Zeitungspreis noch nachträglich einen Zuschlag von 50 Prozent zu leisten?)

Da die Gaslieferung gegen vierteljährliche Zahlung erfolgt, ist der Magistrat nur berechtigt, den Gaspreis bei sechswochiger Vorankündigung von Vierteljahr zu Vierteljahr zu erhöhen. Diese Gesetzesbestimmung ist bei den beiden letzten Gaspreissteigerungen zum Nachteil der Gasverbraucher verletzt worden, deshalb sind sie gesetzlich nicht verpflichtet, die zweimal erhöhten Gaspreise zu zahlen.

Ebenso sehr verstößt es natürlich gegen Treue und Glauben, Moral und Recht, wenn der Magistrat von den Gasabnehmern für eine bereits verlossene Zeit einen Zuschlag fordert, bin deren der Verbraucher gutgläubig annehmen mußte, nur einen geringeren Preis für das Gas zahlen zu müssen.

In einem diesbezüglichen Rechtsstreit der Gasverbraucher gegen den Magistrat würde der letztere verlieren. Diese Rechte der Verbraucher wahrzunehmen, ist daher Pflicht aller nicht wahlberechtigten Stadtvordrücken, und sie können hierbei zeigen, ob ihr vielgerühmtes Herz auch für die minderbemittelte Schicht der Bevölkerung („zu Weihnachten“) schlägt.

Wie endlich sollte ohne Schädigung jetzt, nachträglich, festgestellt werden, wieviel Gas der einzelne Abnehmer bis zum 30. November 1921 bzw. 1. Dezember 1921 verbraucht hat, da doch eine diesbezüglich allgemeine Feststellung am 30. November 1921 um 12 Uhr Nachts nicht erfolgt ist?

Nach alledem geht an den Magistrat und die Stadtvordrücken die gefühlte begründete Forderung dahin:

1. den Beschluß der Betriebsdeputation vom 12. Dezember 1921, betreffend die Gaspreissteigerung und die dieser vorausgegangene Erhöhung sofort mit rückwirkender Kraft aufzuheben,
  2. bei künftigen ähnlichen Preissteigerungen die gesetzlichen Vorschriften auch in betreff des Zeitraums der zwischen Ankündigung und Inkrafttreten liegt, zu beachten,
  3. die minderbemittelten Schichten vor allen neuen indirekten Steuern nach Möglichkeit zu bewahren,
  4. zu verhindern, daß solche städtische Preissteigerungen für Bemittelte zu bedeutenden Einnahmequellen werden.
- Statt dessen bliebe Breslau vor solchen mit Kohlenmangel begründeten Preissteigerungen verschont, wenn jene städtischen, ihrem Amte anscheinend nicht gewachsenen Leiter, durch eine Kraft wie den Direktor Kolle ersetzt würden, denn in seinem Betriebe ist noch nie Kohlenmangel der Grund zur Klage gewesen.

## Versammlungs-Kalender

Bezirksleitung Schlesien der KPD. Dienstag, abends 6 Uhr, im Parteibüro: Bezirksleitungssitzung.  
Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend. Dienstag, abends 6 Uhr, im Parteibüro: Bezirksleitungssitzung.  
KPD. Stabetsitz. Donnerstag, 5. Januar, abends 7 Uhr, in der „Nichte“: Mitglieder-Versammlung.

### Ortsgruppe Breslau.

## Wichtigste Mitglieder-Versammlung.

Mittwoch, den 4. Januar, abends 7 1/2 Uhr, in den Gambirnsälen (Neße), Lange-gasse. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

An unsere Leser! Durch Mangel an Flachdruckpapier sind wir für diese Woche nicht in der Lage, mehr als zweimal wöchentlich zu erscheinen. Dieser Mangel wird behoben, wenn in wenigen Tagen unsere Rotationsmaschine läuft. Der Verlag.

Verantwortl. Redakt.: Erich G e u t s c h; Inserate: Max S i c h o t e r.  
Verlag: Produktionsgenossenschaft für die Prod. Schläfen, e.S.m.b.H.  
Druck: P ä f f e l & D a n i e l, sämtlich in Breslau.

**Schauspielhaus**  
Opern- u. Schauspielhaus  
Schauspielhaus  
Die Lustigen  
Sonntag nach 7 1/2 Uhr:  
Schauspielhaus  
**Liebig-Theater**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
**JANUAR-PROGRAMM**  
Wichtigste  
Mittwoch  
Arthur Schaubert  
Goldene Hochzeit 21.

**Oberdorf in Altwasser**  
Zeitungsausträgerin  
gesucht.  
Jeden die davon interessiert möchten  
sich beim Polizeiarzt R. Jahn, Charlottenbrunnstraße 99 melden. Antritt sofort.  
Ortsgruppe Altwasser.  
**Zeitungsausträgerin**  
für **Odertor**  
kann sich melden.  
Büro der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“  
Hilkestraße 49/50.

**Wandkalender**  
der  
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“  
für das Jahr 1922  
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse  
nach der November-Revolution  
auf extraktischem Karton gedruckt (zum Aufhängen)  
Preis Mk. 1.—  
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Hilkestraße 49/50.

**Exporthapparate**  
Schlesische Maschinenfabrik  
Exporthapparate  
Schlepptraktor und abgedichtete Platten  
werden gekauft.  
**Wiener & Fütter**  
Breslau 1, Schmiedestraße 48.

**„Achtung! Wo?“**  
kann man neue und  
gebrauchte GASEN-  
sowie ganze Einrichtun-  
gen an billigsten  
und vorzüglichsten  
Bei H. Kluge  
Bismarckstr. 12, im 1. Bg.  
Zelle für alle  
**Altmetalle**  
Nächster Preis  
Otto, Lohstraße 1.  
Nobliertes Zimmer  
für Parteigenossen sofort  
gesucht. Bezirksleitung,  
Hilkestraße 49/50.